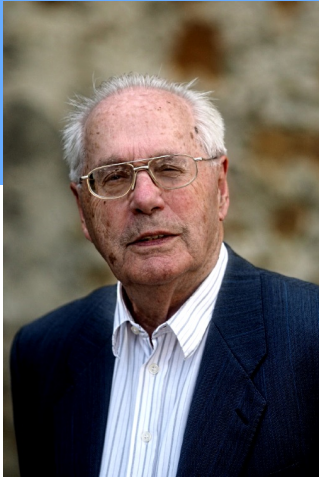


Keupers

kritischer

Kommentar



10-01-2017

Oktober 2017

CDU und SPD schaffen sich selbst ab.

Diese Feststellung formulierte schon einige Wochen vor der Bundestagswahl am 24. September 2017 Ferdinand Knauß in der Wirtschaftswoche vom 01. Juni, mit einer entsprechenden Überschrift seines Kommentars. Er schrieb unter anderen: „Seit den 70er Jahren geht es mit den großen Volksparteien bergab. Die großen Parteien zerbröseln auf Landes- und Bundesebene, sowie in ganz Europa. In den 60er, 70er und auch in den 80er Jahren wählten fast immer um die 90 Prozent der Wähler in Deutschland CDU oder SPD.“

Bei der Bundestagswahl 1976 erzielten CDU 48,6 und SPD 42,6, zusammen also 91,2 Prozent der gültigen Stimmen, und bei der Bundestagswahl 1972 waren es für die CDU 44,9 und für die SPD 45,8, zusammen also 90,7 Prozent, damit nur unwesentlich weniger. Diese Zahlen zeigen die Dominanz dieser beiden damals echten Volksparteien, welche das stabile politische Bild der Bundesrepublik prägten. Auch die für heutige Verhältnisse fast abenteuerliche Wahlbeteiligungen in den 60er bis 80er Jahren von um die 85 bis 91,1 Prozent zeugen von großer demokratischer Stabilität der nicht nur wirtschaftlich aufstrebenden Republik.

Doch mit der Wiedervereinigung, seit der Bundestagswahl 1990, ging es mit der Wahlbeteiligung erst langsam, ab 2009 immer stärker bergab. Waren es 1990 bis 2005 im Schnitt 79,2 Prozent, gingen bei der Wahl 2009 nur 70,8 Prozent an die Urne, 2013 waren es immerhin 71,5 Prozent. Auch der Stimmenanteil der beiden Volksparteien verringerten sich von 77,3 Prozent im Jahre 1990 auf 69,4 Prozent im Jahre 2005 und schließlich vor ein paar Tagen bei der Bundestagswahl am 24. September auf 53,4 Prozent. Das heißt, bei der letzten Wahl haben nur etwas mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler den einst so stolzen Volksparteien ihre Stimme gegeben, wobei der Niedergang der Sozialdemokraten langfristig gesehen drastischer war als bei den Christdemokraten.

Berücksichtigt man die gegenüber dem Tiefpunkt 2009 leicht gestiegene Wahlbeteiligung von 75,9 Prozent, haben sich nur knapp 25 Prozent der Wahlberechtigten für die CDU entschieden, und nur 15,6 Prozent für die Sozialdemokraten! Ein nicht nur für die sogenannten Volksparteien desaströses Ergebnis, sondern auch für stabile Verhältnisse unserer freiheitlichen und sozialen Demokratie. In der die Gruppe derer, die von ihrem Grundrecht der Beteiligung an freien und unabhängigen Wahlen teilzunehmen kein Gebrauch machten, mit einer Größe von 24,1 Prozent quasi die zweitgrößte „Partei“ dieser Wahlentscheidung war.

Diese niederschmetternden Wahlergebnisse der „Volksparteien“ sind für die Demokratie in Deutschland ein nicht vernachlässigbares Alarmzeichen. Auch der große Stimmenanteil von 12,9 Prozent für die rechte, völkisch-nationale AfD ist erschreckend, denn damit haben sich 33,89 Prozent, oder

etwa jeder 3. Wahlberechtigte, gegen unsere freie parlamentarische Demokratie ausgesprochen bzw. sie ignoriert.

Doch wo sind die Gründe für diese fatale Entwicklung?

Man könnte sich die Sache einfach machen und feststellen: „Ohne Arbeiter gibt es keine Arbeiterpartei und ohne gläubige Christen keine Christdemokraten“. Die einstmals vorhandene Zugehörigkeit zu sozialen und kulturellen Milieus, oder die konfessionellen Bindungen waren prägende Strukturen seiner Zeit, in welcher die Volksparteien entsprechende programmatische Perspektiven und deren Realisierung forderten. Doch durch den sich entwickelnden neoliberalen Lebenswandel sind die gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten, welche die Menschen früher formten und banden an Überzeugungen und Zugehörigkeit perdu. Das neoliberale (überzogene) „Ich“ steht im Vordergrund, das Heute erleben und genießen! Absolute Marktakzeptanz und ungezügelter Konsumerismus bestimmen immer mehr die Lebensgewohnheiten, sprengen immer mehr gesellschaftliche Gemeinsamkeiten durch Mangel an innerer Bindung und Verantwortungsbewusstsein. Ob man diese neoliberale Lebensphilosophie für eine persönliche „Befreiung“ hält, oder für eine Auflösung jeglichen sozialen Bewusstseins, ist eine Frage der eigenen Lebensperspektive. Die Parole der sogenannten neoliberalen Zeitepoche im ausgehenden 20. Jahrhundert und des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts lautet daher: „Soziale Gesellschaften, soziale Gemeinsamkeit, das war Gestern!“

Doch der Neo-, der Marktliberalismus ist in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise am Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts als gescheitert anzusehen, denn es hat sich gezeigt, dass der Markt sich nicht selbst regulieren kann. Und es wird auch heute immer deutlicher, dass eine marktkonforme Politik große soziale Ungerechtigkeiten, soziale Schieflagen erzeugen, welche radikalpopulistischen Anschauungen zum Durchbruch verhelfen, demokratiefeindliche Parteien den Weg zur Macht ebnen könnten. Die Weimarer Republik lässt grüßen!

Sozialer Sprengstoff

ist die Überschrift eines Kommentars von Marcel Fratzscher, vom 29. September auf Zeit.de, in welchem er fragt: „Wie soll die neue Bundesregierung mit der Polarisierung der Gesellschaft umgehen?“ Und er schreibt weiter: „Das Ergebnis der Bundestagswahl war ein Ergebnis mit Ansage, (siehe o. a. Kommentar von Ferdinand Knauß). Seit Langem war abzusehen, dass in Deutschland der Protest nicht nur gegen die etablierten politischen Parteien, sondern auch gegen die sogenannten Eliten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zunimmt.“ Er stellte des Weiteren in seinen Ausführungen fest, dass die von vielen Ökonomen geleugneten, erheblichen und immer noch wachsenden sozialen Ungleichheiten zu den politischen Polarisierungen führen und daher dringende Änderungen in den Verteilungsfragen erforderlich machen.

Wir Sozialdemokraten müssen deswegen dafür sorgen, dass ein weiterer politischer Rechtsruck durch die neue Bundesregierung verhindert wird, dass nicht höhere soziale Transferleistungen für das notleidende Prekariat die Problemlösung werden, sondern faire Löhne, langfristige Arbeitsverhältnisse und soziale und berufliche Aufstiegschancen. Dass eben **mehr soziale Gerechtigkeit** das Mittel ist unsere Demokratie wieder zu festigen, die Sozialdemokratie wieder voranzubringen.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 02. Oktober 2017,

Heinrich Keuper